

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 03-02/16**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## EU und Deutschland am Wendepunkt und Mülheim schläft?

Die seit der Sylvesternacht deutschlandweit verbesserte Informationspolitik zur alles überlagernden Flüchtlingskrise gilt für Mülheim nur bedingt. Auch scheint die bedrohliche Isolierung Deutschlands in einer vom Zerfall bedrohten EU in Mülheim noch nicht öffentlich diskutabel zu sein. Dabei kann schon Angst um die Zukunft aufkommen, wenn man Durcheinander und Konzeptlosigkeit von Berliner oder NRW-Politik verfolgt. Die raketenhaften Wahlerfolge der AfD werden anscheinend immer noch nicht als Alarmzeichen zur Änderung der Politik angesehen. Dabei ist auch in Mülheim deutlich, wie sehr viele Menschen sich überfahren fühlen und dass die Gesellschaft droht auseinander zu driften. Polizei, Gerichte, Ämter, Schulen, Kitas und freiwillige Helfer geraten zusehends an ihre Belastungsgrenzen.

## Husarenstreichartiges Flüchtlingsdorf Papenbusch auf Eis gelegt! Gut so



Fast überfallartig sollte Anfang März ein Flüchtlingsdorf für 480 Personen auf dem ehemaligen Sportplatz am Papenbusch beschlossen werden. Der Mülheimer Wohnungsbau (MWB), der vor Jahren den ex-Thyssen-Sportplatz gekauft hatte, wollte dorthin 48 zweistöckige Mietshäuser bauen, zuerst für Flüchtlinge, die dann später an Familien mit geringem Einkommen vermietet werden könnten. Die Beschlussvorlage kam montags und sie sollte bereits am gleichen Tag im Finanzausschuss, tags darauf in der kurzfristig angesetzten Sondersitzung der Bezirksvertretung und donnerstags im Rat abgenickt werden. Bereits die BV spielte nicht mit und nur noch die Grünen stimmten mit der Verwaltung. CDU und MBI setzten kurzfristig für die Ratssitzung einen gemeinsamen Antrag auf, keine Schnellschuss-Entscheidung zu fällen, sondern ein geordnetes B-Plan-Verfahren für das Gelände einzuleiten, bei dem dann auch die Anwohner beteiligt werden müssen und nicht nur nachträglich informiert, wie das bei Flüchtlingsunterkünften nicht nur erlaubt, sondern leider auch gang und gäbe ist. Viele Anwohner aus der denkmalgeschützten Siedlung Papenbusch waren durch das Vorhaben bereits in höchste Alarmbereitschaft versetzt worden und kündigten massiven Widerstand an. Die SPD sprang auch deshalb noch schnell auf den gemeinsamen Antrag von CDU und MBI auf. Daraufhin zog die Verwaltung ihre Vorlage zurück. Es wird nun darauf ankommen, möglichst noch im April den B-Plan beschließen zu lassen, denn die Beziehungen von MWB zu Verwaltung und SPD sind äußerst eng!

## Täglich über 1000 Leute an der Mülheimer Tafel!!!!

Die Flüchtlingswelle macht auch vor der Mülheimer Tafel nicht Halt. Die Zahl der bedürftigen Kunden ist dort seit Oktober 2015 um 40 Prozent gestiegen. Über 1000 Menschen werden mittlerweile täglich mit Lebensmitteln versorgt. Mit großem Personalaufwand und ruhiger Hand versuchen die Verantwortlichen des Diakoniewerks an der Georgstraße, dem Ansturm gerecht zu werden. In anderen Städten gibt es Ärger und Streit zwischen Alt- und Neukunden an den Tafeln.



### Auf den folgenden Seiten:

- Verlegung des Wochenmarktes umstritten, das demokratische Zustandekommen bedenklich ..... S. 2
  - "Superminister" Ernst mit leider nur 14 Gegenstimmen wiedergewählt. .... S. 3
  - Handlungsbedarf und Elternwillen zur Realschule Broich missachtet! Traumtänzeri in der Schulpolitik? S. 4
- Einlegeblatt:** AfD als Wahlgewinner, Panik bei den "staatstragenden" Parteien? Umdenken Fehlanzeige?

**Rückseite:** Großmann, Müller, Mühlenfeld & Co: Die Mülheim-Connection?

## Verlegung des Mülheimer Wochenmarktes umstritten, das demokratische Zustandekommen sehr bedenklich!

Nichtöffentlich und per Tischvorlage beschlossen SPD, CDU, FDP und Grüne, den Wochenmarkt an den einzigen Bewerber auf die Ausschreibung zu geben. Die Verwaltung wollte die bisherigen Markthändler damit betrauen, auch weil die mehr zahlen. Den Beratungsbedarf von MBI, Linken und ALFA wollte der Vorsitzende Wiechering nicht gelten lassen. Mehr zu den bedenklichen Vorgängen weiter unten. Davor zur Erinnerung:

Von März 2010:

### “Wiechering&das Totenhemd”

*“Der Rademacher glaubt, dass auch das letzte Hemd eine Tasche hat“* Zitat von Dieter Wiechering (SPD) in der WAZ vom 8. März 2010 zum Streit mit den



Markthändlern. Was wollte der SPD-Fraktionsvorsitzende mit seinem Zitat wem eigentlich sagen? Meinte er eventuell, dass Herr Rademacher nicht wusste, dass Totenhemden („das letzte Hemd“) keine Taschen haben? Sicher nicht, daher die Frage, was der Spruch vom Totenhemd mit dem Wochenmarkt zu tun hatte.....”

Zur Vorgeschichte u.a. auch: **MBI-Kommentar von Okt. 2010, aktueller denn je!**

### ***Die selbverschuldete Innenstadtkrise, das städtische Missmanagement und die Markthändler***

*“.. Das einzige, was funktioniert, sind die endlosen Scharmützel, die die SPD mit den Markthändlern austrägt. Man schämt sich als Zuschauer fast dafür. .... Als hätte die Mölmsche Innenstadt keine anderen Probleme ..... Jede andere Stadt hätte die Marktleute auf Händen in die Schlossstr. getragen, um ein paar Kunden mehr dorthin zu locken. Doch in Mülheim gehen die Uhren wie so oft völlig anders.”*

Und vom 30.1.14:

### ***Innenstadtkrise fffff., Bsp. Wochenmarkt und Außengastronomie***

*“Lange Zeit haben Mülheims Kirchturmpolitiker die mit den jahrelangen Ruhrbania-Riesenbaustellen einsetzende schwere Innenstadtkrise erst geleugnet und dann verniedlicht. Inzwischen können auch sie*



*das nicht mehr leugnen und müssen notgedrungen Zugeständnisse machen wie bei den Gebühren für Außengastronomie und für den Rest-Wochenmarkt. Es ist noch*

*nicht lange her, dass u.a. SPD-Wiechering und die Verwaltung einen erbitterten Dauerclinch mit den Markthändlern austrugen, denen sie vorwarfen, sich auf der Schloßstr., nachdem sie für Ruhrbania vom Rathausmarkt vertrieben worden waren, eine goldene Nase zu verdienen und zu wenig Gebühren zu zahlen?!!”*

### **Der neueste Streit von März 2016 mit den Markthändlern, dieses Mal final?**

**Für den Planungsausschuss am 1.3.16 gab es eine fristgerecht verschickte Beschlussvorlage der Verwaltung, die heutigen Mülheimer Markthändler für weitere 2 Jahre für den Wochenmarkt zu nehmen, wobei diese sich bereit erklärt hatten, demnächst z.B. einen Feierabendmarkt auf dem Rathausplatz auszuprobieren. Einzig die Marktgilde hatte sich beworben, die nicht nur weniger Geld zahlen will, sondern auch noch das Marktmonopol für die gesamte Innenstadt haben will.**

SPD, CDU und FDP legten einen Antrag als Tischvorlage vor, entgegen der Verwaltungsempfehlung die Marktgilde zu beauftragen. Die Grünen behaupteten, sie wären gerne dabei gewesen.

Zu Beginn der Sitzung beantragten die MBI, den Punkt Wochenmarkt öffentlich zu behandeln, da es sich um eine hochgradig öffentliche Angelegenheit handelt. SPD/FU/Grüne stimmten dagegen.

Weil die Verwaltungsvorlage schlüssig war, kam diese Tischvorlage überfallartig. Daher meldeten die MBI Beratungsbedarf an, dem sich Linke und ALFA anschlossen. Der Vorsitzende Wiechering aber weigerte sich, dies zu berücksichtigen und hielt lange seltsame Vorträge, dass Beratungsbedarf nur für Verwaltungsvorlagen gelte und zudem nicht einklagbar sei. Deshalb beantragte der MBI-Sprecher, die Abstimmung bis zur Ratsitzung eine Woche später zu verschieben. Auch darüber weigerte sich Wiechering abstimmen zu lassen.

Weil die zusätzliche Subventionierung der Marktgilde keine Gegenfinanzierung hatte, wurde noch schnell nachgebessert, indem die Weniger-Einnahmen durch erhoffte Mehreinnahmen von 1% mehr Vergnügungssteuer auszugleichen seien. Letzteres wurde bereits angesetzt für die Unterstützung des Frauenhauses mit ca. 50.000 €, für mehr Sprachkurse der VHS für Flüchtlinge (ebenfalls 50.000 €) und für die AIDS-Beratung durch den Schwulen- und Lesben-Verband (jeweils 10.000 € für 2016+2017). Alles eher ein Witz!

**Doch das Motto war anscheinend, per Beschluss und Tischvorlage nichtöffentlich Fakten zu schaffen, um einer öffentlichen Diskussion zuvor zu kommen.**

## "Superminister" Ernst mit 14 Gegenstimmen wiedergewählt

Ulrich Ernst (SPD) war lange Zeit an der VHS tätig, bevor er ins Rathaus wechselte, und zwar als Referent des CDU-OB Baganz. Nach dessen unrühmlichem Abgang wurde Ernst 2003 Hauptreferent der Nachfolgerin Mühlenfeld und baute federführend die sog. Stadtkanzlei als neuen quasi-Regierungssitz



der Stadt auf. Dann wurde er 2008 wunschgemäß Nachfolger von Cleven als Sozial- und Sportdezernent. Die damalige Ausschreibung war eine Farce, weil jede/r wusste, dass nur Ernst das werden dürfe, weil von SPD und CDU so abgesprochen. Bei der Nicht-Wiederwahl der blassen Grünen Dezernentin Sander machten SPD und CDU den Deal, den Bildungs- und Kulturdezernenten Vermeulen (CDU) mit dem Dezernat für Planung und Umwelt zu betrauen, während der SPD-Dezernent Ernst Bildung und Kultur mit übernahm. Er konzentrierte sich auf Frau Mühlenfelds Steckenpferd, die zukunftslose "Zukunftsschule" an der Bruchstraße mit separatem Bildungsbüro nur dafür etc.. Die Zukunftsschule starb, GmbH's aus dem Imperium Ernst versumpften in schweren Finanz- und Korruptionsskandalen wie die JSG mit Bremekamp sowie die Senioreneinrichtungs-GmbH mit Haus Kuhlendahl, Mühlenbeck und danach Rinas. Der zuständige Dezernent wurde aber bei all dem öffentlich ganz außen vor gelassen, warum auch immer. Ähnlich bei den Unregelmäßigkeiten, gelinde gesagt, beim Ringlokschuppen, der Fast-Ausbootung des Cafe del Sol neben dem Theater an der Ruhr und anderen Beispielen aus dem Ernst-Ressort.

**Eine sehr unrühmliche Rolle spielte Ernst in den letzten Jahren bei den wiederholten Versuchen, die VHS vom MüGa -Rand weg zu bekommen, um das attraktive Grundstück vermarktbar zu machen. Sehr aggressiv und unfair agierte der Dezernent nicht zuletzt gegen seine ehemalige Arbeitsstätte und die dort tätigen Menschen.**

Seit Merkels Einladung an alle Zuwanderungswilligen nach Deutschland entwickelte sich der Mülheimer Sozialdezernent zum großen Macher bei der Flüchtlingsunterbringung und der zugehörigen Übertreibung von Politik und Bürgern. Er hatte dabei die WAZ-Medien voll auf seiner Seite, bis jetzt im März das husarenstreichartige Projekt Flüchtlingsdorf Papenbusch zumindest vorerst auf Eis gelegt werden musste. In der gleichen Ratssitzung am 10. März wurde seine Amtszeit verlängert, bei immerhin 14 Gegenstimmen, obwohl die Zeitungen ihn vorher ganzseitig als den allseits beliebten und überaus tüchtigen quasi-Superminister der Stadt Mülheim hoch gebuhelt hatten. Die MBI z.B. hatten WAZ oder NRZ nicht befragt. Auch in der Bevölkerung hätte man durchaus andere Stimmen mitbekommen können, nicht zuletzt bei Betroffenen der Sozial-, Flüchtlings-, Kultur- oder Bildungspolitik des "Superministers".



**Ein besonders erschreckendes Beispiel war die Art und Weise, wie mit der Grundschule Blätterweg umgesprungen wurde, auf deren Schulhof nun ein Flüchtlingsdorf errichtet wird, eine schier unglaubliche Geschichte, bei der die MBI versuchten, das unnötige Projekt gegen die Bevölkerung und die Grundschul Kinder zu verhindern, wofür sie in WAZ und Rat ziemlich böseartig diffamiert wurden.**

Im folgenden ein Leserbrief dazu, den die WAZ mit kleinen Änderungen (kursiv markiert) sogar fast vollständig abdruckte. Die böse Sache ist gelaufen, selbst die Bäume auf dem Schulhof sind bereits gefällt, alles erneut ohne vorherige Information der Eltern, Anwohner usw..

Leserbrief in der WAZ vom 12.3.16: **"Dezernentenwahl** (ursprünglich: *Zu "Superminister" Ernst*) **Besonders beliebt dürfte Herr Ernst bei den wehrlosen Grundschulkindern vom Blätter Weg und deren Eltern sein. Stellt er ihnen doch massenhaft Container für Flüchtlinge auf den Schulhof. Dies trotz zahlreicher alternativer Standortvorschläge durch Eltern und Anwohner. Aber da blieb Ernst knallhart und unbelehrbar. Für diese Maßnahme wurden bereits ordentlich Bäume gefällt. Danke, Herr Ernst!?** Haben die Kinder natürlich nicht gesagt. Viele weinten darüber und meinten, für ihr Alter schon richtig verständlich, sinngemäß: "Wir wollen den Flüchtlingen helfen, aber nicht die schönen Bäume umhauen." Alle, die diesen Beschluss gefasst haben, sollten sich das angerichtete Chaos einmal anschauen und sich schämen. In erster Linie natürlich die betroffenen Stadtverordneten und Bezirksvertreter, denn sie hätten dem Vorschlag ( von der WAZ weggelassen: *des angeblich ach so beliebten Herrn Ernst*) ja nicht zustimmen müssen."

## Rat und Realität – 2 Welten?

### Akuter Handlungsbedarf zur Realschule Broich missachtet!

#### MBI beantragten Grundsatzbeschluss zur Neuaufstellung des Schulbedarfsplans und Aufnahme der Realschule Broich in das Dringlichkeitsprogramm

Mit leider großer Mehrheit von SPD, CDU und Grünen wurde der folgende MBI-Antrag im Rat am 10.3. dreist von der Tagesordnung und in den Bildungsausschuss gestimmt. In Verwaltung und Mehrheit der Mülheimer Politik will man sich auch in der Schulpolitik, wie auch zum ÖPNV oder der Haushaltskatastrophe, nicht mit den realen Problemen auseinandersetzen. Lieber von Fall zu Fall, mit immer neuen Gutachten, Überrumpelungsmanövern u.ä. weiter wurschteln wie gehabt. Dabei haben sich auch für die Schul- und Bildungslandschaft die Grundbedingungen u.a. durch die große Zuwanderung der letzten Jahre und nicht erst mit der Flüchtlingskrise fundamental geändert!

**MBI-Antrag für den Rat der Stadt Mülheim am 10.03.16**

#### Grundsatzbeschluss:

*Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, unverzüglich den Prozess einer Neuaufstellung des Bildungsentwicklungsplans in die Wege zu leiten und im kommenden Bildungsausschuss am 11.4. sowie den 3 Bezirksvertretungen im April das zugehörige Verfahren vorzustellen.*

*Unabhängig davon wird der Immobilienservice (IS) beauftragt, zumindest die Sanierung der Container an der Realschule Broich in sein Investitionsprogramm für 2016 mit aufzunehmen, und zwar als dringliche Maßnahme mit hoher Priorität.*

Begründung

Seit der Verabschiedung des Schulentwicklungsplans in 2011 haben sich wesentliche Parameter geändert, auf deren Grundlage damals geplant worden war. Insbesondere haben sich die Prognosezahlen drastisch verändert. Ebenso verlangen die Anmeldezahlen für die Schultypen und einzelnen Schulen eine Anpassung der Schulbedarfsplanung an die geänderten Realitäten, nicht zuletzt auch, weil die Prioritätenliste des IS davon maßgeblich beeinflusst wird.

### Schluss mit der realitätsblinden Traumtänzerie in der Schulpolitik, dafür Respektierung des Elternwillens!

Die Realschule Broich hat mit 171 Anmeldungen erneut einen mehr als deutlichen Zuwachs von 29 angemeldeten Schüler/innen. Die Schule, einst auf 3 Züge ausgelegt, müsste eigentlich sogar 6-zügig werden. An der größeren Gesamtschule Saarn gab es dagegen nur 32 Anmeldungen, nochmals 43 weniger als im Vorjahr. Dabei hatte die WAZ noch am 2.Feb. im Artikel "*Mülheimer Schüler lernen in "beklagenswerten" Containern*" darüber berichtet, dass die RS Broich ganze zehn Klassen mit je 30 Schülern in maroden Containern unterbringen muss, eine Besserung aber nicht in Aussicht ist, nachdem der Rat Ende Jan. andere Prioritäten beschlossen habe. Auch das hielt die Eltern nicht ab, dennoch ihre Kinder dort anzumelden! Unabhängig von den Demokratiedefiziten im Stadtrat zeigen die Anmeldezahlen der RS Broich, dass akuter Handlungsbedarf besteht, egal was warum beschlossen wurde.



**Zur Realschule Broich muss neu gedacht und gehandelt werden, nicht nur in Bezug auf die Container, sondern auch über tragfähigere langlebigere Lösungen. Vorschläge von der Schule gibt es dazu. Die müssen nun auf den Tisch.**

Wie will man ansonsten den Mülheimer Eltern auf Dauer klar machen, dass sie zwar ihre Kinder an der gewünschten Schule anmelden sollen, doch jährlich weit über 100 dann einer anderen Schule zugewiesen werden, ohne dass die Stadt auch nur Anstalten macht, diesen massiven Verstoß gegen das Prinzip des Vorrangs des Elternwillens zu korrigieren.

Die letzten Hauptschul-Jahrgänge sollen an der Bruchstr. bleiben, während gleichzeitig dort reine Flüchtlingsklassen eingerichtet werden mit Schülern aller Schulformen. **Wie das gehen soll? Weiß bisher keiner!**

# M ü l h e i m e r B ü r g e r - I n i t i a t i v e n



Fraktion in Rat und  
Bezirksvertretungen  
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr  
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1  
45468 Mülheim / Ruhr  
Telefon: 0208-3899810  
Telefax: 0208-3899811

## M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

<http://www.mbi-mh.de>

### Wahlen in 3 Bundesländern: AfD als Gewinner, Panik bei den "staatstragenden" Parteien! Aber Umdenken?

*„Die Weimarer Republik ist nicht wegen zu vieler Nazis zugrunde gegangen, sondern wegen zu weniger Demokraten“ (Zitat des ex-Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker)*

Manches an den Entwicklungen in Deutschland erinnert verdächtig an Weimarer Zustände. Es fehlt nur noch eine größere Wirtschaftskrise .....

#### Merkel-Klatsche: Es kam, wie es kommen musste! Und nun?

Auch die 3 Landtagswahlen am 13. März waren eine schwere Klatsche für die Flüchtlingspolitik von Frau



Merkel, aber auch für den gesamten mainstream der Medien, nicht nur die gebührenfinanzierten. Das macht die verfahrenere und außer Kontrolle geratene Gesamtsituation nicht einfacher, weder auf EU-Ebene, noch in Deutschland und auch nicht für die in wenigen Monaten wie auch immer zugewanderten mindestens 1,5 Millionen Menschen. Da fallen einem ganz spontan zu der verfahrenen Lage folgende Dinge ein:

- 1.) Die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende, der Bundespräsident, die Fraktionssprecherin der Grünen Göring-Eckhardt, die Vorsitzende der Linken Kipping und auch die Vorsitzende der AfD, shootingstar Petry, kommen allesamt aus der ex-DDR. Logischerweise gehen die alle sozialisationsbedingt völlig anders mit den Fragen von Flüchtlingen, Zuwanderung, Grenzen (und sich eingesperrt fühlen), aber auch mit der drohenden Überdehnung gewachsener Sozial- bzw. Solidarsystemen um als dies die große Mehrheit der Westdeutschen tut. Vielleicht erklärt das Vieles, u.a. warum bisher Realitäten so gerne ausgeblendet wurden.
- 2.) Das erklärt aber nicht die bedenkliche Berichterstattung des Großteils der Medien. Dafür muss man nach anderen Ursachen und Gründen suchen.
- 3.) Auf den 1. Blick unverständlich ist der Erfolg just der Grünen ausgerechnet im Ländle, wo doch angeblich so auf Finanzen geachtet wird oder wurde. Gerade die Grünen sind gesamtdeutsch doch die Hauptvertreter für das Desaster, was Frau Merkel angerichtet hat. Und Kretschmann hat sich viel deutlicher hinter den Merkel-Irrweg gestellt als selbst die CDU. Dieser Widerspruch kann wohl nur mit dem großen Medientross, besonders den gebührenfinanzierten, erklärbar sein, welche insbesondere die Grünen bisher trotz aller offensichtlichen Widersprüche und Ungereimtheiten wie eine Monstranz vor sich her tragen. Sicher hat den BW-Grünen geholfen, dass die grünen OB`s von Tübingen und Freiburg, Palmer und Salomon, Positionen gegen die eigene Partei bezogen sehr ähnlich der Forderungen von Seehofer!

#### Welche Schlussfolgerungen und Kursänderungen nach den 3 Landtagswahlen über uns Bürger kommen werden, ist noch nicht absehbar.

Bleiben wir in Baden-Württemberg und bei den Grünen: In der WAZ war folgendes zu lesen:

*"Für Aufsehen sorgte noch vor einigen Tagen eine Riesenspende von 300.000 Euro an die Südwest-Grünen. Als "höchst erfreulich" bezeichnete Ministerpräsident Kretschmann die Zahlung des Berliner Unternehmers Jochen Wermuth. "Wenn wir jetzt verzichten würden auf so eine Spende und die anderen nicht, bringen wir uns ja in einen selbst gewählten Nachteil", so der Grünen-Politiker. Laut Bundestag ist die Spende eine der höchsten überhaupt in den vergangenen Jahren. Die Grünen im Bundestag fordern eine Spenden-Grenze von 100.000 Euro pro Jahr. Zu Forderungen aus seiner eigenen Partei nach Obergrenzen sagte Kretschmann: "Gesetze gelten erst dann, wenn sie Gesetze sind, und nicht vorher." Auch das hat die Baden-Württemberger nicht abgehalten .....*

## Großmann, Müller & Co: Die Mülheim-Connection?

Die Stadt Mülheim/Ruhr hat zwar von allen Ruhrgebietsstädten bisher die besten Ausgangsbedingungen gehabt mit stets niedriger Arbeitslosigkeit, einer robusten, vielfältigen Wirtschaft und etlichen Konzernzentralen, u.a. Tengelmann, Aldi-Süd u.a.. Dennoch ist diese kleine Großstadt zwischen Duisburg und Essen die einzige Großstadt weit und breit, die auch bilanziell überschuldet ist mit z.Zt. 350 Mio. € negativem Eigenkapital. Die Kassenkredite für die 165.000 Einwohner zählende Stadt werden nur für 2016 deutlich über der Milliarden-grenze liegen, fast doppelt so hoch wie alle Gesamteinnahmen inkl. aller Zuschüsse.

**Diese quasi-griechische Haushaltskatastrophe hängt nicht zuletzt mit der viel zu großen Abhängigkeit vom trudelnden RWE zusammen. Doch unabhängig von der absoluten finanziellen Schieflage der Stadt laufen viele Drähte in der kleinen Ruhr-Großstadt zusammen, die weit über die Stadt hinaus Bedeutung haben.**

Meldung in der Print-WAZ, Lokalseite Mülheim, vom 12.3.16, im Netz nicht zu finden

**“Ex-RWE-Chef Großmann baut an der Elbchaussee**

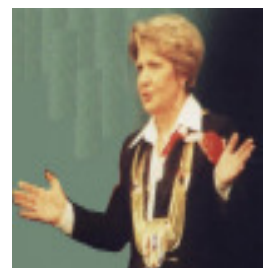
*Der ehemalige RWE-Chef Jürgen Großmann, gebürtiger Mülheimer, will an der Hamburger Elbchaussee ein modernes Gebäude mit viel Glas bauen. Das millionenschwere Projekt soll inklusive Grundstückspreis nicht weniger als zehn Millionen Euro kosten. Der Stahl- und Energieunternehmer Großmann zählt zu den wohlhabendsten Deutschen.“*



RWE-Totengräber Großmann war RWE-Chef von 2007 bis 2012 und in der Zeit u.a. verantwortlich für einen Atom-Expansionskurs des Konzerns, federführend bei der fatalen Laufzeitverlängerung für Alt-AKW in Deutschland und mit Milliarden-Engagement in die schwindsüchtige europäische Atomindustrie (Bulgarien, Rumänien, Polen, England, Holland), welche sich alle zu Milliardengräbern entwickelten. Großmann hat das RWE abgehalten von erneuerbaren Energien und so das Geschäftsmodell nachhaltig ruiniert. Kurzum: Die Großmann-Ära des RWE hat mit gigantischen Fehlinvestitionen das exakte Gegenteil dessen bewirkt, was das in dieser Zeit neu eingeführte Logo “VORWEG GEHEN” besagen will bzw. soll. Das Logo davor (“Multi Utility”) sollte den Mischkonzern mit Energie, Wasser, Müll u.v.m. der großen Privatisierungswelle in der Schröder-Zeit kennzeichnen, was aber insgesamt gescheitert war und mit Großmann beendet war.

Doch Großmann ist u.a. auch Mülheimer Neu-Stahlmilliardär (Georgs-Marien-Hütte, Friedrich-Wilhelm-Hütte u.v.m.), ist als Anteilseigner im Aufsichtsrat der Bahn AG, ist Kuratoriumsvorsitzender der milliardenschweren Ruhrkohle AG-Stiftung (mehr dazu s.u.), seit neuestem auch Aufsichtsrat der skandalumwitterten Nürburgring-Gesellschaft, nachdem sein Jagdfreund, der russische Pharma-Oligarch Kharitonin, die Holding kurzerhand aufkaufte, u.v.m. Großmann wohnte bis vor nicht allzu langer Zeit in der ehemaligen Thyssen- später Grillo-Villa im Mülheimer Uhlenhorst. Doch zurück zur Gegenwart:

**Im Aufsichtsrat des trudelnden RWE-Konzerns sitzt seit über 1 Jahrzehnt auch die ex-OB der Stadt Mülheim**, die mit 10 Mio. Aktien relativ zur Einwohnerzahl mehr als doppelt so viele Aktien hält wie Essen und dreimal so viele wie Dortmund. Frau Mühlenfeld, die ihr hochdotiertes AR-Mandat als nicht-mehr-OB nicht aufgeben will, soll nun als Privatperson weiter im RWE-Aufsichtsrat bleiben, über Frauenquote! Sie hat in 12 Jahren als OB keine Diskussion darüber zugelassen, die Stadt Mülheim unabhängig vom RWE zu machen, etwa durch Aktien-Verkauf. Im Gegenteil, sie hat



„ihre“ Stadt immer wieder dem RWE als Experimentier-, Projekt- oder Modellstadt zur Verfügung gestellt, ob für smart meter, für Elektro-Mobilität, für Straßenbeleuchtung, u.v.m., am gravierendsten für den zu 80% dem RWE verkauften regionalen Wasserversorger RWW, der den Wasserpreis in der Ära Großmann/Mühlenfeld zur Teil-flatrate veränderte mit 50% verbrauchsunabhängigem Grundpreis pro Haushalt!

**Nebenbei: Auch der neue RWE-Chef Terium, der das RWE nun retten soll, wohnt in Mülheim.**

Mitten im Überlebenskampf des RWE gab es letzten Herbst Personalquerelen: Die Kommunen wollten Ex-Minister Müller als neuen Aufsichtsratschef, Terium den Ex-SAP-Finanzvorstand Brandt. Durchgesetzt hat sich dann der ex-SAP-Chef. Doch für den **Mülheimer RAG-Stiftungschef Müller**, u.a. ex-Minister bei Schröder und ex-Aufsichtsratsvorsitzender der Bahn AG, fand sich nun im März 16 noch eine zentrale Schaltstelle als Aufsichtsratschef der Zeche Zollverein. Die Privatisierung und Aufspaltung der RAG in Evonik und RAG-Stiftung wurde übrigens 2007 federführend **vom damaligen Wirtschaftsstaatssekretär Baganz betrieben**, dem vor Mühlenfeld abgängigen OB der Stadt Mülheim (verstet sich fast von selbst). Last but not least: Im RAG-Kuratorium unter Großmann sitzt mit **Hannelore Kraft** eine weitere Mülheimerin!